

Auf gute Nachbarschaft!

Mehr Geld für unsere
Kommune, damit in
Schulen, Krankenhäusern
und bei der Feuerwehr
alle ihren Job ordentlich
machen können.

DIE LINKE.

Auf gute Nachbarschaft!

Mehr Geld für unsere
Kommune, damit in
Schulen, Krankenhäusern
und bei der Feuerwehr
alle ihren Job ordentlich
machen können.

DIE LINKE.

In den Kommunen und in Europa: Öffentlich ist wesentlich. Stoppt den Ausverkauf

Kaum vor der Haustür, stolpern wir über Schlaglöcher. In vielen Schulen helfen die Eltern beim putzen. In den Kommunen, in Städten und Gemeinden in Deutschland steigt der Druck: Gebühren werden erhöht und kommunale Dienste eingeschränkt. Personal wird gekürzt und öffentliches Eigentum privatisiert. Für Selbstverständliches kann nicht mehr gesorgt werden: Krankenhäuser und Schulen verfallen, der Nahverkehr wird eingeschränkt, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser wird privatisiert und Schwimmbäder und Kulturzentren werden geschlossen. In vielen Orten fehlen bezahlbare Wohnungen. Die Menschen werden zunehmend nach arm und reich verteilt. In den attraktiven Vierteln wohnen kaum Menschen mit niedrigem Einkommen.

Die Richtlinien der Europäischen Union drängen auf Privatisierung. Die Schuldenbremse in Deutschland verhindert, dass die Kommunen die Probleme bearbeiten. Die Kassen sind leer und Kredite dürfen nicht aufgenommen werden. Selbst wenn die Kommunen gut ausgestattet sind, geht es oft nicht voran. Viele Menschen weichen auf private Angebote aus, bezahlen für Privatschulen, Sporteinrichtungen, Sicherheitsdienste – wenn sie es sich leisten können.

DIE LINKE will das Öffentliche stärken. Eine gute öffentliche Versorgung entlastet alle und stärkt ein solidarisches und demokratisches Zusammenleben. Gute Versorgung muss sich am Bedarf der Bevölkerung orientieren, nicht am Profit!

Wenn die Schuldenbremse verhindert, dass Kredite aufgenommen werden, müssen die Einnahmen der Kommunen erhöht werden. In Deutschland und in Europa werden die Reichen reicher, aber sie werden nicht ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt. Die Steuern für hohe Vermögen und Einkommen und für Gewinne der Unternehmen sind gesunken. Die Zahl

der Millionäre und Milliardäre im Land steigt. Und durchs Dach der öffentlichen Schule regnet es rein!

■ DIE LINKE will eine **Steuer auf Vermögen über einer Million Euro einführen**. Die Einnahmen gehen an Länder und Kommunen. In der Europäischen Union kämpfen wir für die Einführung einer einmaligen Millionärsabgabe, um die Superreichen in ganz Europa an den Kosten der Krise zu beteiligen.

■ DIE LINKE will die **Energie- und Wasserversorgung in die Hände der Bevölkerung** zurückgeben. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre Stadtwerke wieder öffentlich zu organisieren.

■ **Wir wollen gut ausgestatteten öffentlichen Nahverkehr, der für alle erschwinglich ist:** barrierefrei, mit Sozialticket oder gebührenfrei.

■ Wir wollen die Verdrängung der Bevölkerung aus ihren Quartieren stoppen. Die Versorgung mit Sozialwohnungen muss verbessert werden. **Keine Rendite mit der Miete!** Gegen Mietsteigerungen und die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen sollen die Kommunen vorgehen können.

■ Wir wollen eine gute und für alle erschwingliche Versorgung mit Kindertagesstätten mit guter Arbeit für die Beschäftigten.

■ DIE LINKE kämpft gegen Privatisierungsdruck der Europäischen Union. Die EU darf nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen!

Wir bitten um Ihre Unterstützung. Wählen Sie am 25. Mai mit allen Stimmen DIE LINKE!

*Kontakt: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
wahlquartier@die-linke.de
www.hier-und-in-europa.de*

V.i.S.d.P. Matthias Höhn

In den Kommunen und in Europa: Öffentlich ist wesentlich. Stoppt den Ausverkauf

Kaum vor der Haustür, stolpern wir über Schlaglöcher. In vielen Schulen helfen die Eltern beim putzen. In den Kommunen, in Städten und Gemeinden in Deutschland steigt der Druck: Gebühren werden erhöht und kommunale Dienste eingeschränkt. Personal wird gekürzt und öffentliches Eigentum privatisiert. Für Selbstverständliches kann nicht mehr gesorgt werden: Krankenhäuser und Schulen verfallen, der Nahverkehr wird eingeschränkt, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser wird privatisiert und Schwimmbäder und Kulturzentren werden geschlossen. In vielen Orten fehlen bezahlbare Wohnungen. Die Menschen werden zunehmend nach arm und reich verteilt. In den attraktiven Vierteln wohnen kaum Menschen mit niedrigem Einkommen.

Die Richtlinien der Europäischen Union drängen auf Privatisierung. Die Schuldenbremse in Deutschland verhindert, dass die Kommunen die Probleme bearbeiten. Die Kassen sind leer und Kredite dürfen nicht aufgenommen werden. Selbst wenn die Kommunen gut ausgestattet sind, geht es oft nicht voran. Viele Menschen weichen auf private Angebote aus, bezahlen für Privatschulen, Sporteinrichtungen, Sicherheitsdienste – wenn sie es sich leisten können.

DIE LINKE will das Öffentliche stärken. Eine gute öffentliche Versorgung entlastet alle und stärkt ein solidarisches und demokratisches Zusammenleben. Gute Versorgung muss sich am Bedarf der Bevölkerung orientieren, nicht am Profit!

Wenn die Schuldenbremse verhindert, dass Kredite aufgenommen werden, müssen die Einnahmen der Kommunen erhöht werden. In Deutschland und in Europa werden die Reichen reicher, aber sie werden nicht ausreichend an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt. Die Steuern für hohe Vermögen und Einkommen und für Gewinne der Unternehmen sind gesunken. Die Zahl

der Millionäre und Milliardäre im Land steigt. Und durchs Dach der öffentlichen Schule regnet es rein!

■ DIE LINKE will eine **Steuer auf Vermögen über einer Million Euro einführen**. Die Einnahmen gehen an Länder und Kommunen. In der Europäischen Union kämpfen wir für die Einführung einer einmaligen Millionärsabgabe, um die Superreichen in ganz Europa an den Kosten der Krise zu beteiligen.

■ DIE LINKE will die **Energie- und Wasserversorgung in die Hände der Bevölkerung** zurückgeben. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre Stadtwerke wieder öffentlich zu organisieren.

■ **Wir wollen gut ausgestatteten öffentlichen Nahverkehr, der für alle erschwinglich ist:** barrierefrei, mit Sozialticket oder gebührenfrei.

■ Wir wollen die Verdrängung der Bevölkerung aus ihren Quartieren stoppen. Die Versorgung mit Sozialwohnungen muss verbessert werden. **Keine Rendite mit der Miete!** Gegen Mietsteigerungen und die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen sollen die Kommunen vorgehen können.

■ Wir wollen eine gute und für alle erschwingliche Versorgung mit Kindertagesstätten mit guter Arbeit für die Beschäftigten.

■ DIE LINKE kämpft gegen Privatisierungsdruck der Europäischen Union. Die EU darf nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen!

Wir bitten um Ihre Unterstützung. Wählen Sie am 25. Mai mit allen Stimmen DIE LINKE!

*Kontakt: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
wahlquartier@die-linke.de
www.hier-und-in-europa.de*

V.i.S.d.P. Matthias Höhn